



VERMITTLUNGSSTAU
Vor zwei Jahren schloss Opel in Bochum 1.000 Beschäftigte warten noch auf neue Stellen.



SCHREIBBLOCKADE
Nächstes Jahr bringen die Blumenkohlhoren ihr Album über fehlende Song-Ideen raus.



REALITÄTSIGNORANZ
In letzter Zeit haben soziale Konflikte zugenommen. Justus-Aurelius berichtet.



POLITIKUNLUST
Letzte Woche war StuPa-Wahl. Doch nur 10 Prozent der Studis haben gewählt.

DIE :bsz-GLOSSE Auf den Punkt

Abschließen: Verwendet, um das Unzugänglichmachen von Gebäuden oder Grundstücken durch Anbringen eines Schlosses oder Riegels zu bezeichnen. Häufig auch im gehobenen Sprech zu finden, um kenntlich zu machen, dass beide Seiten eines Vertrags oder einer Verhandlung zu einer Einigung gekommen sind. Dann wird ebendieser abgeschlossen. So werden beispielsweise Verträge mit Verwaltungsgesellschaften abgeschlossen, oder eben nicht, wie sich jetzt – ein Hoch darauf! – herausstellte. Abgeschlossen ist übrigens etwas Anderes als geschlossen. So dürfen beispielsweise Privatpersonen Waffen nur in abgeschlossenen Behältnissen transportieren, nicht in nur geschlossenen. Waffen gibt's auch bei der Bundeswehr, die Jungs und Mädels da gehen aber nicht so leichtfertig mit ihnen um wie Andere in andern Ländern. In den USA hingegen werden statt Waffen lieber Weltbilder abgeschlossen – zum Beispiel das vom „bösen Islam“, das inzwischen auch in den Köpfen vieler Deutscher zu finden ist. :ken

BESUCH UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
www.bszone.de
www.facebook.de/bszbochum



„Morgen Kinder, machen wir mit Waffen- und Geräteausbildung weiter“: Sieht so der Schulalltag von morgen aus? Wenn es nach der Verteidigungsministerin geht, soll die Bundeswehr zumindest noch stärker an Schulen rekrutieren.

Illustration: sat

MILITÄRDIENTST

Verjüngte Werbeoffensive: Die Bundeswehr setzt auch an NRW-Schulen auf Rekrutierung

Nachsitzen für den Krieg?

Das Verteidigungsministerium hat es ausgerechnet: 14.300 SoldatInnen fehlen der Bundeswehr in den nächsten sieben Jahren. Wenn es nach Ursula von der Leyen geht, soll so früh wie möglich nach Nachwuchs gesucht werden – und das muss man

leider wörtlich nehmen. Denn aktuell versucht die Bundeswehr, verstärkt an Schulen für den Militärdienst zu rekrutieren. Das Werben für's Sterben polarisiert – so haben sich auch in der Redaktion pro und contra-Kommentare gefunden. Und überhaupt: An den

Schulen regt sich derzeit Widerstand gegen das rigide und neoliberale Bildungssystem.

:Die Redaktion

➔ MEHR AUF SEITE 3, 4 UND 6

STUDIERENDENPARLAMENT

Einstimmig gegen Studiengebühren

StuPa ist sich selten so schnell einig

Am 6. Dezember erklärte das 49. Studierendenparlament in seiner elften Sitzung mit dem Antrag der GRAS, sich gegen zukünftige Studiengebühren zu positionieren, (abwesend: Linke Liste) einverstanden. Zuvor hatte der NRW-CDU-Chef Armin Laschet das Thema wieder ins Gespräch gebracht.

Im Interview mit der „Rheinischen Post“ sagte Laschet, er wäre für die Einführung neuer Studiengebühren, jedoch nicht in alter Form. Die Hochschulfinanzierung müsse überdacht werden. „In der alten Form sind Studiengebühren kein Thema. Aber ich halte es für ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, mindestens über Mo-

delle nachzudenken, wie wir diejenigen finanziell an der akademischen Ausbildung beteiligen, die später nachweislich mehr verdienen. Dass Pfleger für ihre Ausbildung zahlen und Ärzte nicht, ist schräg“ erklärt Laschet.

Studiengebühren? Nein Danke!

Mit Verweis auf Laschet wurde im StuPa der Antrag der GRAS herangetragen. Bei dieser nur 24 Minuten langen Sitzung sprach man sich einstimmig gegen Studiengebühren aus.

Bleibt zu hoffen, dass eine eventuelle Einführung der Studiengebühren für ausländische Studierende an der RUB (wie bereits in Baden-Württemberg geschehen, :bsz 1108) ähnlich schnell abgewiesen wird. :Sarah Tsah



Wir verlosen vier Exemplare von „Schlemmerreise mit Gutscheinbuch.de Bochum & Umgebung“!

Du willst das Nacht- und Kulturleben von Bochum (neu) entdecken? Du willst einfach mal in der Stadt schlendern und shoppen gehen? Mit dem Gutscheinbuch von Kuffer Marketing erhältst Du freien oder vergünstigten Zugang zu Freizeit-, Gastronomie oder Kulturangeboten in Bochum.

Was Du dafür tun musst:

Schick uns einfach bis zum 21. Dezember eine Mail mit einem kleinen Feedback an redaktion@bszonline.de und sag uns, was Du gut oder schlecht findest oder was Du demnächst öfter/weniger lesen willst.

:Die Redaktion

STUDIUM

Deutsches Studentenwerk stellt erneut Forderungen an Bund und Länder

Mehr Bafög, bessere Krankenversicherung und ein Hochschulsozialpakt

Auf der Jahres-Presskonferenz des Deutschen Studentenwerks (DSW) am 7. Dezember in Berlin wurde wichtigen Forderungen zugunsten der gesamten Studierendenschaft Nachdruck verliehen. Themen waren primär die Abschaffung der Altersgrenze bei der Krankenversicherung, eine regelmäßige Erhöhung des Bafög und ein Hochschulsozialpakt, der Gelder für die Sanierung und den Neubau von Wohnheimen und Mensen vorsieht.

„Wenn lebenslanges Lernen mit alternierenden Phasen von Studium, Berufstätigkeit, erneutem weiterführenden Studium oder der Hochschulzugang aus einer vorherigen Berufstätigkeit politisch gewollt sind, dann müssen die Regelungen zur Krankenversicherung angepasst werden“, sagt Achim Meyer auf der Heyde, DSW-Generalsekretär. Mit diesem Satz wird der Forderung nach einer Abschaffung der Altersgrenze bei der Krankenversicherung Studierender und einer regulären Krankenversicherung bei einem monatlichen Einkommen von über 450 Euro Nachdruck verliehen. Verena Hoppe vom Ministerium für Innovation,

Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen sagt: „Die Studenten-Krankenkasse ist ein Angebot, das bis zum 14. Semester genutzt werden kann.“ Bei einer Altersgrenze von bisher 30 Jahren bedeute dies, dass man sich danach für eine freiwillige Mitgliedschaft bei minimal 132,30 Euro entscheiden müsse.

Mehr Bafög, bitte

Am 1. September diesen Jahres stieg der Maximalfördersatz für Studierende im Zuge der Bafög-Novelle auf 735 Euro. Laut Peter van Dyk, Pressesprecher des Bochumer Akafö, sei dieser Anstieg allerdings nicht nennenswert, da er keine Studierenden wirtschaftlicher Sorgen enthebe. „Wir brauchen eine regelmäßige Erhöhung des Bafög, auf der Basis der Bafög-Berichte, die die Bundesregierung vorlegt. So kann man verhindern, dass zwei oder noch mehr Generationen von Bachelor-Studierenden mit stagnierenden Bafög-Sätzen durchs System gehen, obwohl Preise und Einkommen steigen“, betont auch Dieter Timmermann, Präsident des DSW. Seitens der Landesregierung heißt es: „Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dass das Bafög weiterhin

bedarfsgerecht und entsprechend der Lohnentwicklung angepasst wird.“ Man wolle außerdem eine Flexibilisierung vorantreiben, die Gruppe Bezugsberechtigter müsse erweitert werden.

Neue Mensen, neue Wohnheime

„Die deutsche Hochschul- und Wissenschaftsförderung hat einen blinden Fleck:

das Soziale. Wir sind es den 2,8 Millionen Studierenden schuldig, dass sie neben einem Studienplatz auch eine bezahlbare Unterkunft finden. Die Wahl des Studienorts darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“, sagt Dieter Timmermann. Auf Basis einer Veranschlagung des DSW fielen für Neubau und Sanierung von Wohnheimen und Mensen rund 2,25 Milliarden Euro an. Auch für van Dyk wäre ein solcher Zuschuss günstig, da sich der Bau des neuen



Ob Bafög, Krankenversicherung oder Wohnheimsneubau und -sanierung: Das DSW hat auf seiner Jahrespresskonferenz viele relevante Studithemen besprochen.

Collage: tom

Akafö-Wohnheims als „Kraftakt“ gestaltet. Hoppe vom Landesministerium entgegnet, man habe seitens der rot-grünen Landesregierung seit 2010 eine Zuschusserhöhung von 8 Millionen Euro ermöglicht und stelle Studierendenwerken Gewerbeflächen mit einem Mietkontingent von 25 Millionen Euro unentgeltlich zur Verfügung.

:Tobias Möller

DIGITALISIERUNG

Internet-Zentrum: Finanzierung über 3 Millionen Euro vom Land In Tiefen des Netzes vordringen

Die Debatte um Fake-News auf sozialen Netzwerken zeigt, dass es viele Fragen gibt, die in Bezug auf die Digitalisierung zu beantworten sind. Das zum 1. Januar entstehende Center of Advanced Internet Studies (CAIS) in Bochum will sich der Problematik annehmen. Das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung (MIWF) fördert das Projekt mit drei Millionen Euro für drei Jahre.

Die Kooperation der Unis Bochum, Bonn, Münster und Düsseldorf sowie dem Grimme-Institut Marl und dem Leibniz-Institut



bietet ab 2017 Fellows verschiedener Disziplinen die Möglichkeit, Fragen zum Thema zu diskutieren, wie der Zusammenhang zwischen Digitalisierung und Demokratie: „Hier bietet das Internet einerseits ganz neue Möglichkeiten für Beteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Mitbestimmung, andererseits erleben wir, wie diese Möglichkeiten zunehmend von Populisten und Extremisten missbraucht werden“, so Dr. Josef Haschke, Sozialwissenschaftler in Düsseldorf und Mitglied des Konsortiums des Deutschen Internet-

Instituts. Für Bochum als Konsortiums- und Forschungszentrum sprechen die guten infrastrukturellen Anbindungen sowie das wissenschaftliche Aufgebot mit acht Hochschulen.

Gefördert vom Land

Entstanden ist die Idee für das CAIS im Rahmen einer Ausschreibung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) für ein Deutsches Internet-Institut. Das Ursprungstrio (Bochum, Münster und Düsseldorf) wurde dann um die bereits Genannten erweitert und das Projekt angemeldet: „Da das CAIS aber auch unabhängig

vom Gesamtinstitut eigenständig existieren kann, hat sich das MIWF entschieden, es vorab und unabhängig vom Ausgang des Gesamtantrags zu finanzieren.“ Die Entscheidung machte das MIWF am 7. Dezember öffentlich.

Im Rahmen der Ausschreibung hat CAIS die Endrunde der besten vier bereits erreicht: Im Februar 2017 soll dann die Entscheidung gefällt werden. Dann könnte CAIS Teil des Deutschen Internet-Instituts werden.

:Andrea Lorenz

URheberRECHT

VG Wort und Kultusministerkonferenz für gemeinsame Lösung e-learning weiter möglich?

Der zwischen der Verwaltungsgesellschaft Wort (VG Wort) und der Kultusministerkonferenz (KMK) gefasste Beschluss zur Nutzung urheberrechtlicher geschützter Schreibwerke wird relativiert. Eine beauftragte Arbeitsgruppe soll eine „eilvernehmliche“ Lösung zur Handhabung solcher Werke in der Hochschullehre ermitteln.

Bis vor kurzem sah der Beschluss vor, alle für die Lehre verwendeten und urheberrechtlich geschützten Werke einzeln zu melden und dementsprechend zu vergüten. Viele Stimmen wurden laut und kritisierten das mehr als unpraktikable Vorgehen, vor allem im Kontext der Hochschullehre (siehe :bsz 1108).

Mittlerweile haben sich die Wogen leicht geglättet. In einer Pressemitteilung vom 9. Dezember teilten VG Wort, KMK und Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gemeinsam mit, dass nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht werden solle. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, mit jeweils zwei Vertretern von VG Wort, KMK und HRK, eingerichtet. Bereits vor Jahresende 2016 soll demnach ein Lösungsvorschlag vorliegen. „Die Partner wollen eine bruchlose

weitere Nutzung der digitalen Semesterapparate an den deutschen Hochschulen über die Jahreswende hinaus gewährleisten“, so die Pressemitteilung.

Kritik bleibt

Der Freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) übt an der Vorgehensweise Kritik. Vorstand Janek Heß beklagt, dass eine solche Übergangslösung bereits Ende 2015 erarbeitet wurde und diese direkt in das aktuelle Dilemma geführt habe. „Wir brauchen eine echte Lösung des Problems und diese kann nur in einer Reform des Urheberrechts bestehen, die den wichtigen Belangen von Wissenschaft, Forschung und Bildung stärker als bisher Rechnung trägt.“ Seine Kollegin Mandy Gratz fügt hinzu, dass das Verhalten der Hochschulen im Anschluss an die Mitteilung noch unklar bliebe und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe keine Garantie für eine Lösung sei: „Noch Anfang des Monats hatte die HRK die Hochschulen aufgefordert, urheberrechtlich geschützte Texte aus online Lernplattformen zu entfernen.“ Die Hochschulen hätten sich dennoch schon darauf eingestellt und teilweise schon mit der Löschung begonnen.

:Tobias Möller

ARBEIT

Rund 1.000 ehemalige Opel-Beschäftigte immer noch nicht untergebracht Schwervermittelbare Opel-Gang?

Zwei Jahre ist es her, dass das Bochumer Opelwerk seine Pforten endgültig schloss. 2.600 MitarbeiterInnen waren im Zuge dessen ihre Jobs los und sollten über die Transfergesellschaft TÜV Nord wieder neu vermittelt werden. In der Bilanz ist dieser Plan nicht ganz aufgegangen, rund 1.000 ehemalige Beschäftigte sind immer noch auf der Suche nach einer Neuansstellung.

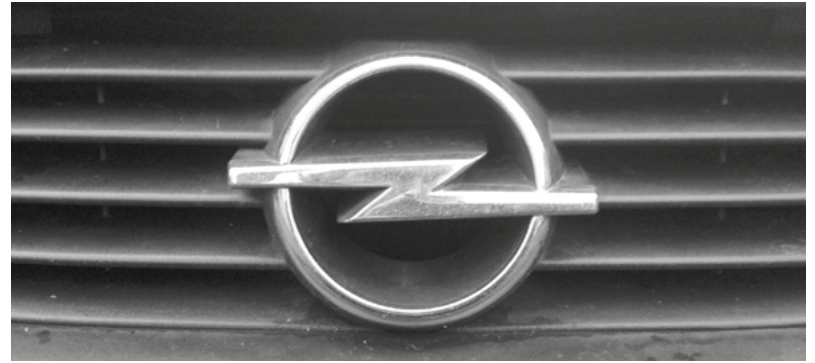
Die Transferzeit für den Großteil der Ex-OpelanerInnen endet am 31. Dezember 2016. Innerhalb dieser zweijährigen Periode wurde den ehemaligen Beschäftigten ermöglicht, sich beruflich neu zu orientieren, während sie, laut einer Pressemitteilung des TÜV Nord, alle 14 Tage an Beratungsgesprächen teilnahmen sowie Workshops, Job-Messen und Job-Speed-Datings besuchten. Zudem hätten über 90 Prozent der ehemals Beschäftigten zusätzliche Qualifizierungen erworben. Allen TransfermitarbeiterInnen sei mindestens ein ihrer Ausbildung und vorherigen Tätigkeit entsprechendes Jobangebot vorgelegt worden. Die Entscheidung für einen Neuanfang sei einigen dennoch sehr schwer gefallen.

„Die Transfermitarbeiter haben alle Möglichkeiten der langen Transferzeit genutzt, um durch Beratung, Coaching und Qualifizierung ihre Chancen auf eine neue nachhaltige berufliche Perspektive zu erhöhen. Dennoch haben viele gezögert, den Entschluss zum Austritt aus der Transfergesellschaft zu fassen“, erklärt Hermann Oecking, Geschäftsführer von TÜV Nord Transfer. Das liege zum Beispiel auch daran, dass das zukünftige Einkommen der TransfermitarbeiterInnen auf dem Arbeitsmarkt unter dem liegt, was sie zur Zeit von der Transfergesellschaft bekommen.

Wie die Vermittlung läuft

Bisher konnten insgesamt 900 MitarbeiterInnen untergebracht werden, 750 davon seien bereits neu beschäftigt, 150 hätten Arbeitsverträge für 2017 unterschrieben. Weitere 700 seien in den Ruhestand gegangen. Die Erschwernis bei der Vermittlung käme dadurch zustande, dass MitarbeiterInnen gesundheitlich eingeschränkt oder 1.800 der zu vermittelnden 2.615 bereits über 50 Jahre alt seien.

In der „Rheinischen Post“ war die Sprache von einer Verlängerung der Transfere-



Erst Opel, dann Arbeitslosigkeit? Die Transfergesellschaft TÜV Nord hat Probleme bei der Unterbringung ehemaliger Opel-MitarbeiterInnen.

Foto: tom

sellschaft um ein Jahr, dies wurde von Opel aber dementiert. Was richtig ist: Die Vertragspartner Opel und IG Metall setzen sich zur Besprechung einer Härtefallregelung zusammen. Dazu hätte man, um Neutralität zu bewahren, sogar eine Einigungsstelle angerufen, so Alexander Bazio, ein Sprecher von Opel. Bei dem Gespräch soll es darum gehen, ob es notwendig ist, eine Härtefallregelung für rund 100 besonders schwierig zu vermittelnde Beschäftigte einzuführen. Diese sähe für die Betroffenen eine Transferzeitverlängerung von einem Jahr vor. Bazio betont aber, dass es sich dabei nicht

um eine generelle Verlängerung handele und dass ohnehin nicht viele MitarbeiterInnen um ein drittes Jahr gebeten hätten. Er bekräftigt zwar, dass man seitens Opel natürlich ein Interesse daran hätte, dass Beschäftigten geholfen wird, verantwortlich für die Vermittlung sei aber natürlich der TÜV Nord.

Eine endgültige Bilanz kann erst mit Auslauf der letzten Transfergruppe zum Juli 2017 aufgestellt werden.

:Tobias Möller

ARBEITSRECHT

Beförderung bei der Feuerwehr: Mann legt Einspruch ein Frauenquote gekippt

Nachdem die Herner Feuerwehr einen Beförderungsdienstposten ausgeschrieben hatte, bewarben sich zwei FeuerwehrbeamtInnen: Eine Frau und ein Mann. Nach einem Eignungstest bekam die Beamtin trotz niedrigerer Punktzahl, die aufgerundet wurde, die Beförderung. Daraufhin legt ihr Kollege Einspruch ein und bekam vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Recht, da die Beförderung gegen das Bestenausleseprinzip nach Art. 33 Abs. 2 GG verstößt.



In der dienstlichen Beurteilung des Eignungstests erzielte die Frau 4,8 und der Mann 5,0 Punkte. Die Auswahlentscheidung der Beamtin wurde von der Stadt damit begründet, dass nach § 19 Abs. 6 Satz 2, 3 LBG Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt zu befördern sind. Gleiche Qualifikation bedeutet, dass ein gleichwertiges Gesamturteil beider Bewerber vorhanden sein muss. Da beide BewerberInnen durch die Aufrundung eine gleichwertige Beurteilung bekamen, konnte das Frauenförderungsgesetz angewendet werden.

Aufrundung nicht gültig

Gegen die Anwendung des Förderungsgeset-

zes legte der Feuerwehrbeamte Einspruch ein. Seiner Meinung nach verstoße man mit dieser Beförderung gegen das Bestenausleseprinzip, das bei Vergabe von Beförderungsstellen von Beamten zu beachten ist. Eine Auswahlentscheidung ohne Ausschöpfung sämtlicher leistungsbezogener Erkenntnisquellen sei mit dem Prinzip nicht vereinbar. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen argumentierte, dass die betreffende Stadt es versäumt hätte, die dienstlichen Beurteilungen korrekt „auszuschärfen“. Folglich hätte der Beamte 0,2 Punkte mehr erzielt.

Verfassungswidrig?

Das am 1. Juli 2016 in Kraft getretene Gesetz zur Neuordnung der Frauenförderung in Beamtenverhältnissen im Landesbeamtengesetz NRW sieht vor, dass Frauen bei gleicher Eignung und fachlicher Leistung bei Beförderungsentscheidungen zu bevorzugen sind. Doch schon im September entschied das Verwaltungsgericht Düsseldorf, dass dieses Gesetz verfassungswidrig sei. Der Landesgesetzgeber habe den Art. 33 Abs. 2 GG nicht berücksichtigt.

:Eugen Libkin

BILDUNG

SchülerInnentag im Fritz-Henßler-Haus Selbstbestimmtes Lernen

Die Dortmunder Bezirkschüler*Innenvertretung (BSV) hat für den 15. Dezember den SchülerInnentag im Fritz-Henßler-Haus geplant. Mittelpunkt des eintägigen Workshops ist das selbstbestimmte Lernen.

Der Traum von der perfekten Schule fällt für jedeN anders aus. Die SchülerInnenvertretung in Dortmund ist jedenfalls der Ansicht, dass die jetzige Unterrichtsform von Frontalunterricht hin zu selbstbestimmtem Lernen der SchülerInnen – also Lernen nach Interesse und Fähigkeit – geändert werden soll. Die SchülerInnen „sollen das tun, wonach ihnen der Sinn steht und sich in Dingen ausprobieren, die sie wirklich interessieren. Wir hoffen auch, die Idee verbreiten zu können, dass es anders gehen kann – und muss“, so Lia Blankenfeldt, Bezirksvorstandsmitglied der BSV.

BSV macht's vor

Auf dem Workshop-Plan stehen Themen, die nach Ansicht der BSV mehr in den Fokus des Schulunterrichts rücken sollten, beispielsweise „Themen des Alltags“, erklärt Lia Blankenfeldt. So gibt es Workshops zu den Themen

Unterfinanzierung an Schulen, Krieg und Geflüchtete. Auch der künstlerische Bereich sowie Sport seien vertreten.

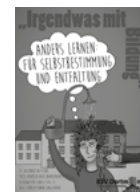
Neben freier Workshop-Wahl und Themenvertiefung nach Interesse, gibt zum Beispiel der „Markt der Möglichkeiten“ den politischen Jugendorganisationen eine Bühne, um sich vorzustellen.

Ein Konzept für die Schule?

Ein Konzept für das selbstbestimmte Lernen an Schulen haben die OrganisatorInnen nicht erarbeitet, sie sind aber der Auffassung, dass diese Form des Lernens mehr Chancengleichheit fördert: „Wir sind der Meinung, dass das Lernen nach Interesse und nach Fähigkeiten des Einzelnen bei weitem mehr kultiviert werden sollte, um die Chancengleichheit zu erhöhen, um den Spaß und die Neugierde zu wahren und jungen Menschen den Rahmen zu geben, sich selbst mehr auf den Grund zu gehen“, so Lia Blankenfeldt.

Der SchülerInnentag findet am 15. Dezember von 9 bis 16 Uhr im Fritz-Henßler-Haus in Dortmund statt. Der Tag wird nicht als Fehlzeit angerechnet. Für die Teilnahmeanmeldung und weitere Informationen siehe bsvdortmund.de

:Sarah Tsah



RECHTSEXTREMISMUS

Bahnhof Langendreer: Vortrag über die Identitäre Bewegung

Was Spartaner mit Rechtsextremismus zu tun haben

Zu fetziger Musik springen die jungen Menschen in einem Clip über Leitern auf das Brandenburger Tor. Innerhalb von wenigen Augenblicken zerren sie ein Banner hervor, gut lesbar darauf: „Identitäre Bewegung“. Ebendiese Gruppierung hat zuletzt in Bochum-Langendreer Aufkleber mit ihrem Logo verteilt. Lenard Suermann von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus klärte im Bahnhof Langendreer vergangene Woche auf.

Unter der Identitären Bewegung (IB) versteht man eine Gruppierung, die sich seit 2014 als Verein formiert und unter dem Aspekt des Ethnopluralismus neurechtes Gedankengut propagiert. Bei diesem Ethnopluralismus ist die Devise: „Ein jedes Volk gehört in sein eigenes Land.“ Oder wie Lenard Suermann, der Dozent des Abends vor einem gut gefüllten Publikum des Studios 108 im Bahnhof Langendreer, erklärte: „Ethnopluralisten haben kein Problem mit Ausländern ... im Ausland“. Wer zur IB gehöre, ist nicht klar. Das Einzige, was als sicher gelte: Es sind die Jungen, die in dieser Spielart des Rechtsextremismus im Na-

men des Ethnopluralismus gegen Einwanderung und die angebliche Islamisierung vorgehen. Wie im Namen impliziert, spielt vor allem die Identität eine wichtige Rolle: „Identität ist kein neuer Begriff der Rechten, aber nun funktioniert der Begriff als Label. Sie sind sich nicht einig, was diese Identität genau meint. Aber es ist ein gemeinsamer Konsensbegriff.“ Die Arten des Protests sind vielfältig: Demonstrationen wie 2016 in Berlin mit 150 Teilnehmenden (angemeldet waren 400), Besetzungen von Gebäuden oder symbolische Raumanweisungen durch Aufkleber wie in Bochum.

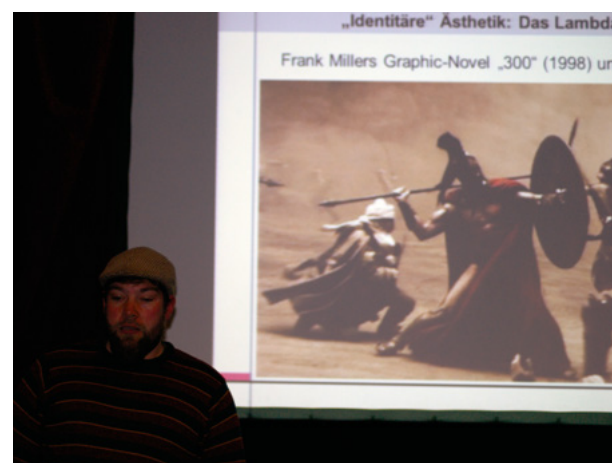
Aus dem Westen

Suermann selbst ist Teil des Teams der mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus, das in NRW Beratung und Qualifizierung sowie eine Vernetzung von AktivistInnen und Recherche bietet. Die Szene beobachtet er schon länger. Entstanden sind die Identitären in Frankreich, wo sie unter dem Namen „L'Unité Radicale“ 2002 nach einem misslungenen Anschlag auf Jacques Chirac verboten wurden. Es folgten mehrere Neugründungen bis 2012. Seitdem sind sie als „La Génération Identitaire“

bekannt, veranstalten Kongresse, zu denen auch ausländische SympathisantInnen eingeladen werden. Über Österreich, wo die Gruppe mutmaßlich in Verbindung mit der FPÖ stehen soll, schwappte die Welle nach Deutschland weiter.

Sparta

Ihr Erkennungszeichen ist der Popkultur entnommen: Der griechische Buchstabe Lambda in schwarz auf gelbem Grund, wie die Schilde der Spartaner im 2006 erschienenen Film „300“, in dem eine Gruppe für ihr Volk den Märtyrertod stirbt. Laut Suermann bezeichnend für das Selbstverständnis der rechten Gruppierung. Durch den Einbezug der Popkultur versuchen die Identitären, sich der Gesellschaft anzunähern und den Vorwurf des



Die Spartaner und die Rechten: Lenard Suermann erklärt die Zusammenhänge.

Foto: Ior

Rechtsextremismus von sich zu weisen. Nichtsdestotrotz stehen diese seit Sommer 2016 unter Beobachtung des Bundesverfassungsschutzes, NRW beobachtet die Aktionsform bereits seit 2015.

:Andrea Lorenz

GESCHICHTE

„Pogrom91“: Webdoku schlägt Brücke von Hoyerswerda bis heute
25 Jahre und was gelernt?

Die Bilder sind bekannt: Brennende Häuser, Schreie, Jubel der Zuschauenden – Szenen, die sich vor 25 Jahren im sächsischen Hoyerswerda ereigneten, als Rechte ein Geflüchtetenheim und eine Unterkunft für Vertragsarbeitende angriffen. Die im Bahnhof Langendreer vergangene Woche vorgestellte Initiative „Pogrom91“ arbeitet die Ereignisse auf und sucht nach Parallelen zu heute.



Es wurde in ihrer Jugend nie thematisiert, erzählen die beiden Männer an diesem Freitagabend vor 15 Personen im Bahnhof Langendreer – nach und nach fanden Jan und Matthias aus dem sächsischen Hoyerswerda heraus, was 1991 in ihrem Heimatort geschehen war. In der Woche vom 17. bis zum 23. September griffen bis zu 500 Menschen mit Steinen, Molotowcocktails und Flaschen eine Geflüchtetenunterkunft und eine Unterkunft für Vertragsarbeitende an. Menschenmengen bejubelten diese Angriffe. Die Polizei bekam die Lage nicht in den Griff und entschied am Ende, die Angegriffenen mit Bussen aus der Stadt zu bringen. Bis heute ist Hoyerswerda ein Synonym für den Sieg der Rechten über die Staatsgewalt

und führte zu einer starken Radikalisierung der Neonazis in Sachsen und bundesweit – zur „Generation Hoyerswerda“ zählt beispielsweise die NSU.

Filmische Auseinandersetzung

Die Dokumentation, die unter Mitarbeit der Out-of-Focus-Filmproduktion entstanden ist, wurde während des Vortrags stückweise gezeigt und mit Informationen unterfüttert, die sich zum Teil mit den heutigen Ereignissen wie Bautzen oder Pegida beschäftigen. In Hinblick auf die übergeordnete Frage, ob zwischen 1991 und 2016 eine Kontinuität festzustellen ist, hielten die Referenten fest, dass Geflüchtete oftmals immer noch nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft betrachtet werden und Fälle wie die NSU beweisen, dass der Staat bei Rechtsextremismusfällen teilweise versagt. Doch es gibt Hoffnung: Anders als in den 90ern gibt es eine Gesellschaft, die Konzepte gegen Rassismus vorweisen kann und unter dem Motto „Refugees Welcome“ auch Widerstand gegen Rechtsextremismus leistet.

:Andrea Lorenz

MILITÄRDIENTST

Die Bundeswehr greift verstärkt auf Werbung an Schulen zurück
Kinder in den Krieg

„Wir brauchen die Besten bei der Bundeswehr“, sagte Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen am 1. Dezember. Man wolle sich aber, angesichts des Konkurrenzkampfes um die vielen „talentierten, jungen Menschen“ auch breiter aufstellen, sogar jungen SchulabgängerInnen ohne Abschluss die Möglichkeit geben, bei der Bundeswehr mitzuwirken. Des Weiteren solle auch die Werbung für die Bundeswehr an Schulen verstärkt werden.



„Die Bundeswehr muss einen Schulverweis bekommen. Soldat ist kein normaler Beruf und keine Tätigkeit, die man Minderjährigen schmackhaft machen sollte“, sagt Jules El-Khatib, jugendpolitischer Sprecher der NRW-Linken. Es sei zudem besonders perfide, mangelnde Perspektiven Jugendlicher derart auszunutzen, anstatt sie in puncto Schulabschluss zu fördern. „Wir bleiben dabei: Kein Werben für's Sterben. Bundeswehr raus aus den Schulen.“ Aus diesem Grund fordert die Linke NRW die Landesregierung dazu auf, ihre Kooperationsvereinbarung bezüglich des Besuchs der Bundeswehr an Schulen aufzukündigen. Schulministerin

Sylvia Löhmann sei mitverantwortlich für die große Zahl minderjähriger SoldatInnen.

Mehr Gegenwind

Zahlreiche Vereine und Bündnisse haben sich zum Ziel gesetzt, die Bundeswehr von Schulen fernzuhalten. Joachim Schramm vom Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ sagt: „Jugendoffiziere der Bundeswehr sollen die Politik des Bundesverteidigungsministeriums den Schülern und Schülerinnen ‚verkaufen‘. Wir betrachten das als einseitige Meinungsmanipulation, die unbedingt beendet werden muss.“ Die Werbung blende die Realität des Krieges weitestgehend aus. „Dass der für heutige Bundeswehrsoldaten ja sehr wahrscheinliche Kriegseinsatz aber letztendlich bedeutet, anonym Menschen zu töten, wird verschleiert.“

Wenn man aber seitens des Bundes eine Bundeswehrwerbung für nötig hält, solle man sich, so Schramm, „auf den Personenkreis beschränken, der über die Folgen seiner Entscheidung aufgrund einer gewissen Lebenserfahrung und persönlichen Reife angemessen entscheiden kann.“

:Tobias Möller

MUSIK

Konzerte neben dem Studium: Die *Blumenkohlohren* wollen im nächsten Jahr durchstarten

Mit Alkohol und AfD gegen die Schreibblockade?

Ist das nun Akustik-Punk oder doch Punk-Pop? So ganz können die RUB-Studenten Maurice Boiting und Tobias Aarns ihren Stil nicht definieren. Wir sprachen mit dem Singer-Songwriter-Duo über Schreibblockaden, den aktuellen Rechtsruck und ihren ersten Song ohne Bier.

Nicht nur Studierende können ein Lied davon singen – auch KünstlerInnen kennen das Problem: Schreibblockade. Maurice von den *Blumenkohlohren* nahm genau das beim Wort, als ihm Ideen für neue Songs fehlten: „Irgendwann saß ich in einer Vorlesung und dachte mir, wenn Du kein Thema hast, schreibst Du einfach genau darüber“, erzählt der RUB-Student der Angewandten Informatik: „Das war dann mehr Therapie als Songwriting.“ Herausgekommen ist der Titel „KrehaTief“.

Mit seinem Bandkollegen Tobias spielt er schon seit Jugendjahren zusammen. Gemeinsam haben die Freunde auch ihre zwischenzeitliche Kreativkrise überwunden. Spätestens als sich die beiden in ihren Liedern auch gesellschaftskritisch gegen den Rechtsruck positionierten: „Der AfD-Song war gewissermaßen auch eine Therapie“, sagt

Maurice. Die Themen und Motive stehen täglich in der Zeitung – die *Blumenkohlohren* stehen damit in bester musikalischer Gesellschaft, was Songs gegen die AfD angeht. Tobias ist da zwiegespalten: „Es gibt jetzt den Hype und man fragt sich: Machen wir jetzt noch den Song gegen Rechts, weil es jeder im Album hat?“, so der Geschichtsstudent. „Wer jetzt schweigt, drückt natürlich keine Zustimmung aus, aber lieber ein Song zu viel als zu wenig.“

Reifeprozess: Von Suff-Songs zur Gesellschaftskritik?

Als explizit politische Band verstehen sie sich allerdings nicht, wie Maurice erklärt: „Es ist wichtig, aber man muss nicht gezwungenermaßen gesellschaftskritisch sein“, so der 25-Jährige. „Ich will nicht der Mensch sein, der die ganze Zeit Protest-Songs schreibt.“

Dafür sind auch ihre Themen zu vielfältig, besonders die frühen Songs sind sehr bierlastig. „In der Anfangsphase war es so ein Gag, wann wir denn mal einen Song ohne Bier machen“, erinnert sich Maurice. So werden exzessive Trinkgelage, Erinnerungslücken am nächsten Morgen oder die gepflegte Aversion gegenüber „Kölsch“ besungen. Ei-

nen gewissen Reifeprozess können sie also nicht abstreiten.

Konstanten gibt es aber dann doch bei den *Blumenkohlohren*: Etwa die humoristische Perspektive und das Minimalistische. Das ist stilistisch nicht immer leicht zu definieren. Akustik-Punk, Punk-Pop oder doch die sanfte Singer-Songwriting-Schiene?

„Es ist schwer, das immer zu beschreiben“, erklärt Maurice. „Bei den meisten Singer-Songwritern denkt man eher an Philipp Poisel oder so“. Als wichtige Einflüsse nennt der Essener dagegen Bands wie *Das Niveau* oder *Monsters of Liedermaking* – „und natürlich *Die Ärzte*.“

Mit ihrem eigenen Stil haben sie auch schon auf kleineren Festivals oder auf Poetry Slams gerockt. Für das nächste Jahr



Hymnen über fleißigen Bierkonsum und musikalische Ansagen an die AfD: Die RUB-Studenten Maurice und Tobi geben im nächsten Jahr als Singer-Songwriter-Duo *Blumenkohlohren* ihr erstes Album heraus.

Foto: Blumenkohlohren

planen sie nicht nur weitere Auftritte. Auch ihr erstes Album wollen die RUB-Studenten rausbringen. Dieses soll erstmal die früheren Songs vereinen. „Damit man den stilistischen Bruch sieht“, so die Idee. Ein stetiger Schaffensprozess eben. Nur so können auch weiterhin alle Schreibblockaden überwunden werden.

:Benjamin Trilling

BÜHNE

Theater Traumbaum setzt sich im Januar für Demokratie ein Die Tage des Grauens verhindern

Am 27. Januar 1945 wurde das KZ Auschwitz in Polen befreit. Das Kinder- und Jugendtheater Traumbaum im Kultur-Magazin begeht im kommenden Januar den Gedenktag. Theaterpädagogische Workshops und Theaterstücke sollen Jugendlichen anschaulich vermitteln, was für ein hohes Gut es ist, in einer Demokratie zu leben.

„Sie sind massiv wieder da, die ewig Gestrigen, denen unsere Demokratie ein Dorn im Auge ist“, kündigt die Theaterverwaltung die Aktualität des Themas an. Damit wird auf die steigende Aktivität von Neonazis und Rechtsradikalen in Deutschland und Europa verwiesen. Besonders den Jugendlichen sollte klar werden, dass Demokratie kein Geschenk ist, sondern etwas, das umfangreiche Bemühungen erfordert.

Die Methoden der Demokratie-GegnerInnen: „Wahrheiten verdrehen, unnötige Ängste schüren, Panik verbreiten, Einschüchtern, bis zu purer Gewalt“, so die Theaterverwaltung. Theater ist somit eine gute und nachhaltige Gelegenheit, jungen Men-

schen zu vermitteln, warum es sich lohnt, sich für Demokratie einzusetzen.

Zwischen Workshops und Stücken

So können die Jugendlichen vom Montag, 16. Januar bis Donnerstag, 19. Januar an den gewaltpräventiven theaterpädagogischen Workshops teilnehmen.

In der Woche darauf haben Menschen ab 14 Jahren die Möglichkeit, das Stück „Lumpenpott“ zu besuchen. An der Person des Lumpensammlers Hermann zeigt das Bühnenwerk die menschenverachtenden Mechanismen des Nationalsozialismus in individuellen Schicksalen.

Abschließend erzählt das Stück „Uns're Oma fuhr im Hühnerstall Motorrad“ (vom 30. Januar bis 2. Februar jeweils um 10.00 Uhr) von einer Kindheit im Ruhrgebiet während des Dritten Reiches. Die Geschichte der Oma Rosa dient als ein Beispiel für Zivilcourage im Kleinen.

Informationen zu allen Stücken und dem Spielplan findet man im Internet unter: theater-traumbaum.de

Gastautorin :Hanna Vlasjuk



:bsz INTERNATIONAL

Exhibition: "Kein Bier ohne Alster" – No beer without "Alster" "From bad beer you get cold piss"

You want to explore German (drinking) culture during your Christmas holidays? Why not travel to Hamburg and visit the exhibition "Kein Bier ohne Alster" in the Museum für Hamburgische Geschichte. It combines education and fun – and quenches your thirst.

Beer and its consumption are a central element of German culture. Thus, a brewing cauldron occupies a central place within the exhibition. It's made of copper and impressively bulky. But this exhibition not only shows the technical aspects of the brewing process and the ingredients used in it but it considers beer from a number of angles such as the cultural function of beer and the socio-economic aspects of the alcoholic beverage.

The exhibition is dimly lit and immediately creates a feeling of cosiness and intimacy. However, the dimmed light sometimes makes it difficult to read the highly entertaining quotes which cover the walls of the exhibition, like: "From bad beer you get cold piss, kidney stones, cramps and many ailments more." Although the exhibition follows the

development of breweries and brewing in Hamburg chronologically, the different aspects covered in the exhibition can be explored after one's fancy.

Brewery cars and beer cosies

The different topics such as beer halls are explained and displayed in cubicle-like areas with an explanatory text on one wall and an exhibit on the other. Two exhibits I found particularly striking were an old beer lorry and a display with different beer cosies. The lorry had two back wheels but

only one front wheel and was used to ferry beer from the breweries to the beer halls and shops. The thing about this vehicle was that it required no driving license to use due to its built. The display of beer cosies showed the many different beers that were and in fact still are brewed in Hamburg and it also highlighted the creative effort put into creating a label for a beer.

• Location: Museum für Hamburgische Geschichte, Holstenwall 24, 20355 Hamburg.

• Admission: 5.50 Euro for students

Guest author :Jan Freytag



SATIRE

Einblick in die großbürgerliche Parallelgesellschaft: Erfahrungsbericht eines Betroffenen

Das Pipi-Langstrumpf-Syndrom



Der Habitus der GroßbürgerInnen ist bekannt: Sie wohnen in schmuken Villen, fahren Porsche, Jaguar oder Humvee und kleiden sich wie englische Landadelige. Doch wie sie die Welt um sich herum wahrnehmen, blieb rätselhaft – bis jetzt. Die :bsz konnte einen von ihnen ermuntern, diesen exklusiven Erfahrungsbericht zu schreiben.



Im Regen stehen kein Problem: Für wen es Scheine regnet, hat wie Justus-Aurelius ausgesorgt.

Mir geht es gut, ich habe gar keinen Grund zu klagen oder zu protestieren. Ich weiß daher nicht, wieso andere auf die Straße gehen. Neulich, da hat mich mein Fahrer abgeholt und wir sind über den Bahnhofsvorplatz gefahren und da standen so ein paar GammlerInnen mit Schildern. Durch die getönten Scheiben habe ich die mir mal kurz angesehen. Also wirklich, furchtbar! Leute in Jogginghosen haben ja generell schon die Kontrolle über ihr Leben verloren (Der Spruch kommt nicht von mir,

das hat der Karl gesagt. Auf den hör' ich nicht nur, sondern von dem habe ich auch 'ne Menge im Schrank hängen). Was die da gefordert haben: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und „Millionäre an den Pranger“. Wieso jemand, der doch ein Vorbild ist, an den Pranger soll, entzieht sich meiner Vorstellungskraft.

JedeR, der sich nicht die Finger schmutzig machen muss, um viel Geld zu machen, sollte gelobt und nicht gescholten werden. Sowieso, wenn die Leute mehr arbeiten würden, statt zu protestieren, wären sie viel besser dran. Aber genug von diesem halbtierischen Gessocks. Schließlich geht es hier um mich und nicht um sowas.

Der goldene Löffel im Mund

Manchmal sagen mir meine Jura-Mitstudierenden, dass ich mit einem goldenen Löffel im Mund geboren wurde. Unrecht haben sie damit nicht. Schließlich bin ich schon als Kind mit Urgroßmutter's Goldbesteck gefüttert worden, püriertes Hirschgulasch zum Beispiel. Nur das Beste eben. Selbst heute gehe ich nicht in die Cafétten der RUB, da schmeckt alles wie Pappe. Komischerweise fallen andere darüber her wie Wölfe über ein Lämmchen. Können die sich nichts Ordentliches leisten? Auch wie die wohnen – ich sollte eher sagen: hausen. Mein Zimmer in der Villa ist so groß wie die komplette Bude von einer, bei der ich mal 'ne Nacht verbracht hab. Die hätte ich aber nicht mit nach Hause bringen können, schließlich hatte die bunte Haare und 'ne Menge Piercings. Was hätten meine Eltern nur zu der gesagt?



Die befremdlich neue Nachbarschaft

Apropos Eltern: Die arbeiten ja beide nicht, die lassen ihr Geld für sich an der Börse arbeiten. Nicht vorzustellen, wenn die mit anderen verkehren müssten. Doch zukünftig müssen wir das wohl, denn in die Villa gegenüber hat die Stadt jetzt AsylantInnen einquartiert. Das Haus stand ja ziemlich lange leer und wenn es nach uns gegangen wäre, wäre das auch so geblieben. Aber wir werden ja nicht gefragt. So kommt die Welt nun auch zu uns. Ich traure jetzt schon der Zeit hinterher, als ich die Welt noch ignorieren konnte und sie mir wie Pipi Langstrumpf nach meinen eigenen Vorstellungen formen konnte. Grundsätzlich fand ich Pipi ja immer zu anarchisch und rebellisch. Aber die Idee, die Realität zu verweigern, die hat mir immer schon gefallen.

Gastautor :**Jan Freytag**

schrieb diesen Erfahrungsbericht nach dem Diktat von RUB-Jura-Studius Justus-Aurelius

KOMMENTAR: PRO

Bundeswehr an Schulen? Ja, bitte!

Erst Köpfchen, dann die Signatur



Die Bundeswehr an die Schule holen. Für einige sofort ein Grund, auf die Barrikaden zu gehen und mit polemischem „Werben für's Sterben“ gegen die Kampagnen zu wettern. Doch wo, wenn nicht an Schulen, soll ein kritischer Diskurs zu einem derart relevanten, wichtigen und polarisierenden Thema geführt werden?

Die Schule sollte ein Ort sein, der kritisches Denken fördert. Dazu gehört auch, sich eine Meinung bilden zu können und zu dürfen. Das beinhaltet, sich unterschiedliche Positionen anzuhören, darüber nachzudenken, zu reflektieren, zu diskutieren, vielleicht sogar zu streiten und am Ende zu einer fundierten Meinung zu kommen. Die Schule muss für junge Menschen der Weg sein, diese Fähigkeiten zu erwerben.

Doch so ein Mensch wird man nicht, wenn einem am laufenden Band die Entscheidungsfreiheit zur Meinungsbildung entzogen wird, weil einem vorgekauft wird, was „gut“ und was „böse“ zu sein hat. Markt ist böse. Bundeswehr ist böse. Sex ist böse. Ach ne. Ist er gar nicht – da wird (inzwi-

schen und Gott sei Dank!) statt auf Verbot auf Aufklärung gesetzt.

Lieber nach der Schule alleine?

In der dritten Klasse bin ich das erste Mal mit Sexualkunde behelligt worden. Mir wurde von da an in regelmäßigen Abständen eingeschärft, dass Sexualität ok ist, aber ein verantwortungsloser Umgang damit Konsequenzen für Menschen hat. Nicht nur für mich, auch für andere.

Warum den gleichen aufklärenden Ansatz nicht auch bei der Bundeswehr? Sie ist einer unserer möglichen Arbeitgeber. Wohl noch nicht in der dritten Klasse, aber junge Erwachsene ab spätestens der 9. Klasse müssen sich überlegen, wohin sie in ihrem Leben wollen. Und mir ist es deutlich lieber, wenn sie an der Schule unter Aufsicht von Lehrpersonal und mit einer nachbereitenden Unterrichtsstunde ihren ersten Kontakt mit der Bundeswehr haben, als wenn sie die Schule verlassen und in einer kleinen Seitenstraße aus Dummheit, Unwissenheit, Perspektivlosigkeit oder Fahrlässigkeit geschwängert ... ääh ... rekrutiert werden und sich für 12 Jahre verpflichten.

:Kendra Smielowski

KOMMENTAR: CONTRA

Drastische Freiheitsbeschränkung: Bundeswehr raus aus Schulen!

Hunde, wollt Ihr ewig lernen?



Von der Leyens Rekrutierungsversuche an Schulen sind ein Angriff auf die Freiheit von SchülerInnen. Denn Schulen sollten ein Ort der Aufklärung und freien Entfaltung, nicht zur Rekrutierung sein. Gegen die (Re-) Militarisierung der Gesellschaft ist daher Widerstand erforderlich – vor allem an Schulen!

Lehrbücher und Tafelbilder gehen mit der Zeit. War früher von Vaterlandsliebe und Präventivkriegen die Rede, so heute von globaler Verantwortung oder Friedenseinsätzen – leider auch an Schulen. Der Gehalt hat sich nicht geändert: Die gleiche imperialistische Scheiße. Was genauso stinkt: Die neoliberale Umstrukturierung des Bildungssystems (G8, Ausbau privater Schulen) geht auch mit einer Militarisierung einher: An den Schulen von heute wird nicht nur für den Markt gefischt, sondern auch fleißig für den Krieg rekrutiert.

So wird seit Sommer 2014 verstärkt für Nachwuchs geworben: Alleine 2014 wurden vor 140.000 SchülerInnen (31.113 davon in NRW) 8.100 Vorträge gehalten, 3.200 weitere Vorträge wurden von JugendoffizierInnen ge-

halten. Grund dafür ist auch das Versagen der rot-grünen Landesregierung. Denn diese hat dem Militär mit einer Kooperationsvereinbarung alle Türen an Schulen geöffnet. Sogar Minderjährige wurden im Zuge dieser Werboffensive angeworben und eingestellt! Oft fungieren LehrerInnen dabei als MultiplikatorInnen und vermitteln die Propaganda weiter.

Kein Rekrutierungspool!

Im nächsten Sommer jährt sich die Schlacht von Kolin zum 260. Mal. Als die preußischen Soldaten vor dem Schlachtgetümmel flohen, rief ihnen Friedrich II. bekanntlich zu: „Hunde, wollt Ihr ewig leben?“ Die gleiche Schelte, die man nun den SchülerInnen hinrotzt: Wollt Ihr keine „Pflichten“ übernehmen? Für Sicherheit, Deutschland und Profit? Wollt Ihr ewig lernen und alles kritisch hinterfragen?

Der neuen „Soldatenkönigin“ von der Leyen sei gesagt: Ja, genau das sollten SchülerInnen wollen. Die Schule ist eine sensible Institution, die – im besten Fall – zu Mündigkeit erziehen soll. Kein Ort der Manipulation und kein Rekrutierungspool für Markt und Krieg! Und wem das zu pazifistisch klingt: Knüppel und Krawalle gegen jede Uniform an Schulen!

:Benjamin Trilling

ZEIT:PUNKTE

L8Night in Essen

Zum Jahresabschluss präsentieren die besten Buddies der Slamszene, Jason Bartsch und Jan Philipp Zymny, ihre eigene Late-Night-Show „KUMMA“. Nebst GästInnen werden die beiden live das aktuelle Weltgeschehen „böse“ und „nice“ kommentieren. Fragen von wichtiger Relevanz wie „Wie überlebt man Herne?“ und „Wie ist es, einen Roboter zu lieben?“ werden endlich geklärt.

• **Donnerstag, 15. Dezember, 20 Uhr.** Theater Courage, Essen. Eintritt 8 Euro.

Zauberstäbe willkommen

Das würde auch Newt Scamander gefallen: Mit „Phantastische Parties und wo sie zu finden sind“ (KulturCafé, scheinbar) können die PartygängerInnen in die Welt der Zauberei eintauchen. Der Cocktail enthält übrigens Phönixfedern, Basiliskenschuppen und Feenstaub.

• **Donnerstag, 15. Dezember, 21 Uhr.** KulturCafé, RUB. Eintritt frei.

Mit Marx um die Wette trinken

Mit ein bisschen Absinthoteles auf das alte Jahr anstoßen? Der Philosophie-Fachschaftratsrat lädt ein: Der offizielle Cocktail ist für zwei Euro zu haben, zu den Songs von DJ Chrizz aus der Bochumer Matrix können die GästInnen das Tanzbein schwingen. Wer früher kommt, darf sich auf Specials freuen! Da sind

Über Genderfragen reden



Gendersternchen, -gap oder Binnen-I – Wozu brauchen wir geschlechtergerechte Sprache? Der Soziologe Andreas Kemper spricht in seinem Vortrag **Race Class Gender Multiplikationen** darüber sowie über Themen wie „Politische Korrektheit“ oder das Verhältnis von Gender, Race und Class. Wem diese Begriffe wenig sagen oder wer sich wie **Stefanie** gerne mit Geschlechterfragen und emanzipatorischer Politik auseinandersetzt, hat hier die Möglichkeit, sich zu informieren und im Anschluss darüber zu diskutieren.

• **Freitag, 16. Dezember, 18 Uhr.** Frauenbibliothek Liselle (GA 02/60), Ruhr-Universität. Eintritt frei.

wir doch alle ein bisschen Philosophen!

• **Freitag, 16. Dezember, 21 Uhr.** KulturCafé, RUB. Eintritt frei.

Naschen und Schreiben

Manchmal ist es nicht einfach, das Gedachte auf Papier zu bringen. „RUB bekennt Farbe“ sowie Poetry Slammer und Journalist Marek Firlej geben Impulse im Rahmen eines Schreib- und Kreativworkshops, in dem „kreative Workflows“ vermittelt werden. Übergeordnete Themen sind fremde Menschen, Orte, Lebenswelten, aber auch neue Erfahrungen. Anmeldungen an rub-bekannt-farbe@asta-bochum.de.

• **Samstag, 17. Dezember, 9 bis 16 Uhr.** Weltraum, UFO, Bochum. Eintritt frei.

Didgeridoos sind willkommen

Ihr schreibt eigene Songs und habt eure Klampfen/Keyboards/Didgeridoos, aber keine

Bühne, wo ihr euch präsentieren könnt? Die Flottmann-Hallen wollen „Dicht!“ für ihre Veranstaltungsreihe „Flottmann-Open“. Bis 19 Uhr könnt ihr euch anmelden, die Auftrittslänge hängt von der Anzahl der BewerberInnen ab! Zögert nicht und zeigt, was ihr könnt!

• **Montag, 19. Dezember, 20 Uhr.** Flottmann-Hallen, Herne. Eintritt frei.

Weg von „Last Christmas“

Denkt ihr auch jedes Jahr beim besinnlichen Liedersingen unterm Tannenbaum: Nicht schon wieder „Stille Nacht, heilige Nacht“? Wer Songinput für das Fest 2016 braucht, findet Inspiration: Der Frauenchor *Vox Nobilis* bringt die Zuschauenden mit einer Mischung aus klassischen Kompositionen, Songs und nicht-europäischen Liedern in Weihnachtsstimmung, begleitet von Julia Haas am Klavier.

• **Donnerstag, 22. Dezember, 18 Uhr.** Blue Square, Bochum. Eintritt frei.

— ANZEIGE —

akafoe.de facebook.com/Akafoe twitter.com/Akafoe

Speiseplan

19.12.–23.12.2016, Mensa und Bistro der Ruhr-Universität

AKAFÖ

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Aktionen Stud. 3,80 € Gäste 4,80 €	Penne Rigate mit Meeresfrüchten in Hummercreme, dazu Mischsalat F	Putenbraten mit Orangensauce, Rosenkohl und Kartoffel-Gratin G	Fischfilet Bordelaise mit Senfsauce, Salzkartoffeln und Mischsalat F	Sate Spieße an Currygemüse mit kleinen Frühlingsrollen und Bandnudeln G	Falafel „Oriental“ mit Humus, Bulgur und frischem Salat V
Komponenten-essen Stud. 1,80 - 2,00 € Gäste 2,80 - 3,00 €	Hühnerfrikassee mit Erbsen und Spargel G China-Knusper-schnitte mit Asia Dip VG	Hähnchengeschnetzeltes Döner Art mit Tzatziki G Tofu Pfanne Asia VG	Hähnchen Cordon Bleu, Curry -Mangosauce G Falafel „Oriental“ mit Knoblauch Dip VG	Cevapcici Rind mit Puszta Sauce R Knusperkroketten Gärtnerei mit Tomatensauce VG	Backfisch mit Remouladensauce F Röstling Holsteiner Art mit Schnittlauchsauce V
Vegetarisches Gericht Stud. 2,00 - 2,55 € Gäste 3,00 - 3,65 €	Nudelpfanne Quattro Formaggio, dazu Mischsalat V	Mediterrane Kartoffelpfanne, dazu Mischsalat V	Gemüse Auflauf, dazu Mischsalat V	Tortellini in Salbeibutter, dazu Mischsalat V	Griechischer Auflauf, dazu Mischsalat V
Bistro Stud. 2,20 - 2,80 € Gäste 3,00 - 3,90 €	Putensteak Hawaii mit Petersilienreis, dazu ein Mischsalat G	Fruchtiges Hähnchencurry mit Vollkorn-Reis, dazu ein Mischsalat G	Spaghetti mit Hähnchenbolognese, dazu ein Mischsalat G	Pochierter Seelachs mit Ratatouillegemüse und Butterreis F	Lasagne mit Spinat und Tomatensauce, dazu klarer Spitzkohlsalat
	Lachslasagne mit klarem Chinakohlsalat F	Heringssstipp mit Kräuterdrillingen und Rote Beete Salat F	Frikandel mit Frikandelsauce, Pommes frites und Gurkensalat G,S	Krustenbraten mit Kräuterkartoffeln und Blumenkohl S	Schnitzel mit Champignonrahmsauce Kartoffeln und Mischgemüse S
Zu allen Gerichten gibt es eine große Beilagen-Auswahl.	Falafel mit Tzatziki und Fladenbrot	Tortellini in Austernpilz-Kräuter Sauce V	Thai Süßkartoffel Curry-Suppe B, dazu Baguette V	Tip des Tages	Vegetarische Pizza V

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbuffet.

Legende: A mit Alkohol, B aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-Öko-039, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, F mit Fisch, G mit Geflügel, H Halal, L mit Lamm, R mit Rind, S mit Schwein, V vegetarisch, VG vegan, W mit Wild, JF JOB&FIT.



19. Dezember DIËS UND DAS

Der Nationalsozialismus bekämpfte viele ethnische Gruppen. Dazu zählen, neben dem jüdischen Volk, auch die Sinti und Roma. Deren Verfolgung wurde im Himmler-Erlass vom 8. Dezember 1938 beschlossen.

Am 19. Dezember ist der Gedenktag **Porajmos** – das ist das Romani-Wort für Völkermord an Sinti und Roma. (Porajmos zu Deutsch: „das Verschlingen“). Wie die Bezeichnung Shoa den Genozid an den europäischen Juden und Jüdinnen beschreibt, ist Porajmos die Bezeichnung für den Völkermord an den europäischen Roma. Laut Wolfgang Benz, deutscher Historiker der Zeitgeschichte an der TU Berlin, umfasst der Begriff Holocaust die Völkermorde an beiden ethnischen Gruppen.

In Europa bilden Roma die größte ethnische Minderheit. Leider werden und wurden viele Angehörige aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert. Die Folgen dieser Situation sind gesellschaftliche Ausgrenzung. Auch heutzutage werden weiterhin in manchen europäischen Ländern Sinti und Roma verfolgt und werden in eine soziale Randstellung gedrängt.

:kac



IMPRESSUM

:bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Nur Demir, David Semenowicz u. a.

Redaktion dieser Ausgabe:

Benjamin Trilling (bent), Eugen Libkin (euli), Katharina Cygan (kac), Kendra Smielowski (ken), Andrea Lorenz (lor), Stefanie Lux (lux), Sarah Tsah (sat), Tobias Möller (tom)
V. i. S. d. P.: Sarah Tsah (Anschrift s. u.)

Anschrift:

:bsz
c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum

Fon: 0234 32-26900

E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,
facebook.com/bszbochum

Auflage: 3.000

Druck: Druckwerk, Dortmund

Bildnachweise: S. 1: Icon: freepik, S. 3: Flyer: BSV Dortmund, S. 4: Vortragende: lor, S. 4: Demonstration: Bernd Schwabe, S. 5: Theaterszene: Theater Traumbaum, S. 5: Bierplakat: Jan Freytag, S. 8: Icons: Freepik, S. 8: Diagramm: sat

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer VerfasserInnen.

WAHL ZUM 50. STUDIERENDENPARLAMENT

NAWI wird mit zehn Sitzen Wahlsieger, LiLi bleibt mit sechs Sitzen zweitstärkste Kraft

10 Prozent geben Stimme ab! Erdrutschsieg der Nicht-WählerInnen

Aus der Wahl zum 50. Studierendenparlament geht die NAWI als stärkste Kraft hervor. Die Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure holte 1.305 (28,15 Prozent) der Stimmen und ist mit zehn Sitzen im 50. StuPa vertreten. Wie im Vorjahr bleibt auch die Linke Liste (LiLi) mit 768 Stimmen (16,57 Prozent), damit mit sechs Sitzen, zweitstärkste Fraktion. Erschreckende Randnotiz: Die bereits im letzten Jahr geringe Wahlbeteiligung fiel erneut zurück auf 10,29 Prozent.

Die NAWI hat das starke Wahlergebnis aus dem letzten Jahr bestätigt: Zwar gingen die Stimmen von 1.319 auf 1.305 sehr leicht zurück, trotzdem bleibt die Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure aufgrund der Verluste von anderen beziehungsweise weniger als im Vorjahr angetretenen Listen die mit Abstand stärkste Kraft. Entsprechend freut sich auch der StuPa-Abgeordnete Felix Schmidt: „Wir sind konstant die stärkste Liste und die Wähler haben uns den klaren Auftrag erteilt, den nächsten AStA zu bilden.“

Der Zuspruch für die LiLi fiel von 820 leicht auf 768. Mit sechs Sitzen bleibt die Linke Liste aber zweitstärkste StuPa-Fraktion. „Wir sind zufrieden mit dem Ergebnis und unserem Wahlkampf“, sagt Cristian Lukhardt. Auch die Liste GRAS konnte ihre fünf Sitze im StuPa verteidigen. Sebastian Pewny von den Grünen und alternativen Student*innen Bochum zeigt sich zufrieden: „Unser erstes Jahr im StuPa wurde von den Wählern po-

sitiv bewertet. Wir konnten trotz sinkender Wahlbeteiligung das Ergebnis halten und sind drittstärkste Liste.“

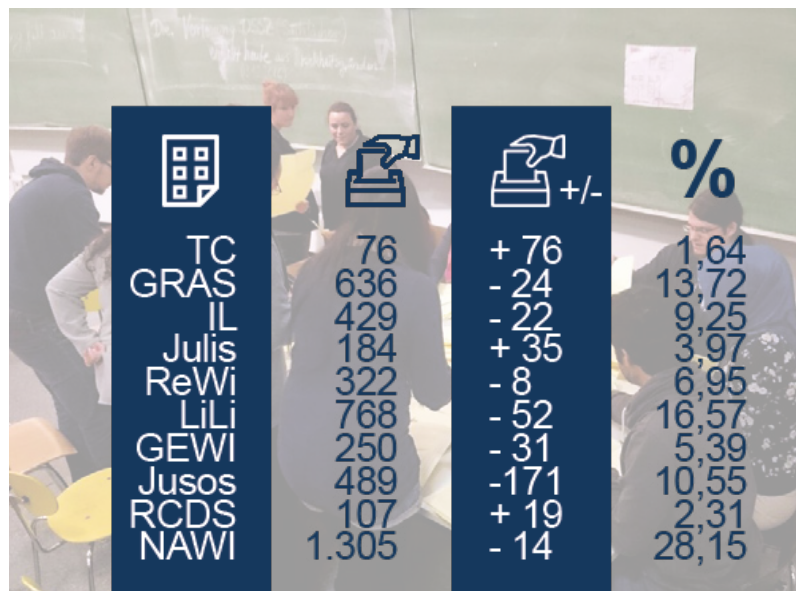
Jusos verlieren einen Sitz

Verluste beklagen dagegen die Jusos, die im nächsten Jahr nur noch mit vier statt fünf Sitzen vertreten sein werden. „Wir sind nicht zufrieden, da wir als einzige Liste einen Sitz abgeben müssen“, hadert auch Simon Paul mit dem schlechten Ergebnis: „Leider wurde trotz unserer guten Arbeit zu wenig gewählt und von Seiten der Studierenden wurde unserem Engagement zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.“

Erstmals angetreten sind in diesem Jahr die Trumpycats, die Satire-Liste erlangte einen Sitz. Überraschungen blieben ansonsten aus: Die Internationale Liste (IL), die ReWi (Studierende der Rechtswissenschaft), die Jungen Liberalen (Julis), der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und die Liste der Geistes-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (Gewi) bestätigten ihre Ergebnisse aus dem Vorjahr. Die aktuelle AStA-Koalition, bestehend aus NAWI, Jusos, Gewi, IL und Rewi, kommt auf 21 Sitze und hat damit weiterhin eine Mehrheit im StuPa.

Wahlbeteiligung geht weiter zurück

Erneut wurde ein erschreckendes Desinteresse der Studierenden an der Hochschulpolitik offensichtlich: Nur 4.636 von über 44.000 Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab – damit fiel die Wahlbeteiligung gegenüber 2015



Spannung bei der Auszählung: 4.636 Stimmen wurden abgegeben.

Foto: CT das Radio, Grafik: sat

(11,26 Prozent) nochmals auf 10,29 Prozent zurück. So beklagt auch Nur Demir von der IL: „Ich finde es schade, dass es dieses Jahr wieder eine niedrige Wahlbeteiligung gab und dass die Auseinandersetzung mit Hochschulpolitik von einem Großteil der Studierenden vernachlässigt wird.“ Wieder mehr Studierende an die Wahlurne zu locken, wird daher auch für die VertreterInnen des 50. Studierendenparlaments eine wichtige Aufgabe bleiben.

Lest die Stimmen aller Listen online auf bszonline.de.

:Eugen Libkin & Benjamin Trilling

Über 1.000 ungültige Stimmen bei SHK-Wahl

Im Zeitraum vom 5. bis zum 9. Dezember waren nicht nur die Wahlen zum 50. Studierendenparlament, sondern auch zum zweiten SHK-Rat. Mit einer Mehrheit von etwa 1.000 Stimmen überzeugte Lennart Brinkmann die meisten WählerInnen.

Die SHK-Wahl ist für vier Ratsplätze ausgelegt. Da sich allerdings nur zwei Studierende zur Wahl aufstellen ließen, ist somit auch das zweite Ratsmitglied, Mischa Luy, in den SHK-Rat gewählt worden.

Der SHK-Rat ist die Interessenvertretung der Studentischen Hilfskräfte ohne Hochschulabschluss. Sobald Schwierigkeiten oder Fragen zum Arbeitsverhältnis entstehen, ist der SHK-Rat die richtige Anlaufstelle. In :bsz 1078 und 1079 könnt Ihr nachlesen, was der Rat für Aufgaben wahrnimmt.

Nun scheint es, dass die Studierenden der RUB die SHK-Wahl für unnötig erachten. Bei einer Stimmabgabe von nur 4.633 von wohlgerneht 44.917 wahlberechtigten Studis, sind gut ein Viertel (1.093) ungültig. Von den gültigen Stimmen entfielen 2.231 auf Lennart Brinkmann und 1.309 auf Mischa Luy. Außerdem wurden die vier Ratsplätze nicht vollständig aufgestellt (wie bereits im Vorjahr). Bei einer Kandidatur von zwei Personen auf Personen, die für vier ausgelegt sind, wird Demokratie zur Farce.

:Sarah Tsah

